

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Zeitungsschrift: Tageblatt Riesa.

Zettel-Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postleitzettel: Dresden 1539
Girokasse Riesa Nr. 52.

N 241.

Montag, 15. Oktober 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für die Zeit vom 13. bis 19. Oktober 170 Millionen 100 Pf. einfach. Beigabezeitung. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Ausgaben für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Genehmigung für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für bis 29 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift, Zeile (6 Silben) 120 Pf.; die 29 mm breite Fleißmezzette 400 Pf.; zeitraubender und kostbarerer Satz 50% Aufschlag. Der jeweils zur Veröffentlichung gelangende Zeitungspreis ergibt sich aus vorstehenden Grundzahlen verrechnet mit der am Tage der Ausgabe gültigen Zeitungsschlüsselzahl. Beste Tarife. Gewilligter Rabatt erlischt, wenn der Vertrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Käuftegger in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nichtige Unterhaltungsbeiträge „Zahler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Dienstanten oder der Förderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Absetzung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Schlüsselzahl: 600000.

Das Ermächtigungsgesetz angenommen.

Wie wir bereits in der Sonnabend-Ausgabe berichtet haben, wurde vom Reichstag das Ermächtigungsgesetz mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Der Eröffnungsbericht.

vda. Berlin, 18. Oktober 1923.

Sozial und Tribünen sind dichtbesetzt. Auf seinem Platz in der Sentrumsfraktion sitzt auch der deutsche Botschafter in Wien Abg. Dr. Pfeiffer.

Auf der Tagessordnung steht die

Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz.

Vorher beantragt Abg. Stöcker (Komm.), daß ein Antrag seiner Freunde aus dem Tageordnung gelesen werde, der sich mit der Notlage der Bevölkerung im besetzten Gebiete beschäftigt. Als der Antrag an dem Widerpruch aus den Reihen der Deutschen Volkspartei scheitert, ruft der Abg. Erdöhl (Komm.) nach rechts: „Siehe lohne die Deutschen verbünden, wenn Ihr nur reich werdet, Konserven!“ Abg. Erdöhl wird zur Ordnung gerufen.

Ein Antrag Stoenen (Komm.), daß der Verbot der „Roten Fahne“ zu befreien, scheitert gleichfalls an dem Widerpruch der Rechten.

Abg. Ledebour (D. Soz.) beantragt, die Abstimmung anzusetzen, bis der Reichskanzler sich zu den schweren Beleidigungen gekümmert habe, die Abg. Größl in der letzten Sitzung erhoben hat. Er verlangt ferner Auskunft darüber, ob es der Regierung bekannt sei, daß Freiherr v. Godes als Mittelsmann des Kronprinzen Kubitschek und des bayrischen Staatsministers v. Kahr mit dem französischen Auswärtigen Amt verhandelt und die Sicherung erhalten habe. Frankreich sei mit einer Verteilung Bayerns vom Reste einverstanden unter der Voraussetzung, daß Bayern auch für die Verteilung der übrigen Lande eintreten werde. (Dort, hört! Links.) Der Antrag Ledebour wird unter dem Lärm der Linken abgelehnt.

Abg. Reicht (Dro.) erklärt zur Abstimmung: Wir haben am Donnerstag erklärt, daß wir zwar gegen das Gesetz stimmen, aber seine Annahme nicht durch Obstruktion hindern würden. Wie sprachen dabei die Hoffnung aus, daß die Regierungen und Parteien dazu bestimmt würden, die Konstitutionsmöglichkeiten zwischen dem Reich und Bayern auf ein Minimum zu reduzieren. Diese Hoffnung ist leider nicht in dem Maße erfüllt worden, wie wir gewünscht hätten. (Rufe links: Von Bayern nicht!) Trotzdem halten wir an unserer Stellungnahme fest. (Wettkampf bei der Wehrkraft.) Wie werden uns an der Abstimmung beteiligen, weil wir mit unserer Haltung den letzten Appell an die Regierungen und Parteien richten möchten im Sinne unserer Erklärungen.

Als hierauf Präsident Voß die momentane Gesamtabschaltung über das Ermächtigungsgesetz vornimmt, verlassen alle Deutschnationalen, Kommunisten und Unabhängigen und einige Sozialdemokraten den Saal. Als Ergebnis der Abstimmung teilt der Präsident mit:

Es sind abgegeben 347 Stimmen, also sind mehr als zwei Drittel der gesetzlichen Mitgliederzahl des Reichstags, wie es § 76 der Verfassung vorschreibt, anwesend und haben sich an der Abstimmung beteiligt. Es haben gestimmt: 24 Abgeordnete mit Nein, 316 mit Ja (Bewegung), 7 haben sich der Abstimmung enthalten. Es ist also die weitere Bedingung des § 76 der Verfassung erfüllt, daß zwei Drittel der Anwesenden zugestimmt haben. Das Gesetz ist angenommen! (Wiederholter Beifall bei der Mehrheit, Pfiffen bei den Kommunisten.)

Gegen das Gesetz haben gestimmt die Bayerische Volkspartei, der Bayerische Bauernbund und die Deutschhannoveraner. Enthalten haben sich einige Abgeordnete der Deutschen Volkspartei, darunter der Abg. Stöcker.

Abg. Erdöhl (Komm.) verliest nach der Abstimmung unter großer Unruhe eine Erklärung seiner Fraktion, in der die Arbeiterschaft aufgerufen wird, sich mit der Waffe in der Hand und mit dem Generalstreik gegen eine militärische Diktatur zu verteidigen.

Sachdem noch das Gesetz über Vermögensstrafen und Bußen angenommen ist, erhält gegen 2 Uhr nachmittags Präsident Voß die Ermächtigung, Tag und Tagessordnung der nächsten Sitzung sechs Sekunden. Er lage dazu, die nächste Sitzung werde Ende nächster Woche, spätestens Anfang übernächster Woche stattfinden und sich voraussichtlich mit dem Arbeitszeitgesetz beschäftigen. Kommunistische Anträge auf Ergänzung der Tagessordnung werden abgelehnt.

Der Reichsrat trat unmittelbar nach der Reichstagsöffnung zusammen und erklärte sich mit dem Ermächtigungsgesetz nach den Beschlüssen des Reichstages einverstanden. Für Bayern erklärte der Gesandte von Berger, daß Bayern an seinem abendländischen Standpunkt festhalte, aber angeklagt das Schlagzeilen darauf verachtete, einen Antrag auf Ergebung von Einmarsch zu stellen. Minister Gollmann sagte, daß die Regierung, bevor sie wichtige Beschlüsse auf Grund des Ermächtigungsgesetzes fasse, die zuständigen Ausschüsse des Reichsrats hören werde.

Die Haltung der Deutschnationalen.

„Der Montag“ veröffentlicht eine längere Erklärung aus führenden Kreisen der Deutschnationalen Volkspartei über die Gründe der politischen Haltung und über die weiteren Ziele der Partei. Darin wird ausgeführt, Demokratie und Parlamentarismus hätten sich durch die Annahme des Ermächtigungsgesetzes selbst das Todesurteil gerochen. Ein Neues müsse kommen, wenn Deutschland noch einmal erstehen solle; das bisherige System habe versagt. Die Deutschnationalen könnten in keine Koalition

eintraten und keine Regierung unterstützen, die heute noch gebunden fühle durch Rückstufen auf den äußeren Feind. Darum, nicht nur um innerpolitische Ziele willen und noch weniger aus parteipolitischer Voreingenommenheit habe die Deutsche Volkspartei gehandelt, wie sie es tat.

Berbot der proletarischen Hundertschaften durch das Wehrkreiskommando 4.

Der Befehlshaber des Wehrkreiskommandos 4, Generalleutnant Müller, bat an die sächsische Regierung folgendes Schreiben gerichtet:

An die Regierung des Freistaates Sachsen, Dresden:

Dem Wehrkreiskommando sind aus allen Teilen Sachsen, vor allen Dingen aber aus dem westlichen Sachsen, insbesondere aus der Gegend Chemnitz, Werda, Aue und Annaberg von einwandfreien und ruhigen Persönlichkeiten, sowie auch von Staatsbedienten Schilderungen und Meldungen über die Lage in den Hauptindustriegebieten zugegangen, aus denen hervorgeht, daß ein großer Teil der Bevölkerung — auch der Arbeiterschaft — hart unter dem Druck einer gewalttätigen Minderheit zu leiden hat. Die Arbeitgeber und die verständigen älteren Arbeiter fühlen sich durch diese Minderheit, die vorwiegend durch die radikale Jugend verkörperzt wird, bedroht. Sie fühlen sich dauernd bis in ihr Familienleben hinein verfolgt, überwacht und bedroht. Sie wagen es nicht, ihre Ansichten offen auszusprechen oder Widerstand zu leisten. Aus Angst vor Racheattacken unterlassen sie sogar Anzeigen strafbarer Handlungen.

Das Wehrkreiskommando hat aus diesen Schilderungen und aus Berichtssätzen die Beweise erhalten, daß die sogenannten proletarischen Hundertschaften zum großen Teil den Rahmen für diese terroristisch handelnde Jugend abschaffen.

Die Verhängung des Ausnahmegesetzes hat nur äußerlich einige Ordnung geschaffen. Das öffentliche Auftreten der Hundertschaften und Übergriffe einzelner ihrer Angehörigen ist im allgemeinen dort, wo Truppen liegen, unterblieben. In den anderen Gebieten haben sich die Hundertschaften um dem Ausnahmegesetzland herum gekümmer. In einem Aufruf des provvisorischen Zentralausschusses der sächsischen Hundertschaften vom 12. 10. wird die Bildung einer gemeinsamen Kampfleitung der Hundertschaften bekanntgegeben. Es unterliegt hier nach keinem Zweifel, daß mit dem Aufstehen des Ausnahmegesetzlandes überall wieder die Hundertschaften stärker denn je hervortreten werden. Eine endgültige Befriedung der Verhältnisse kann daher nur herbeigeführt werden, wenn die Einrichtung der Hundertschaften ebenso wie die aller anderen Selbstschutzaorganisationen überhaupt aufhört. Ich ordne daher durch Beschluss eine sofortige Auflösung an.

Der Befehlshaber: Müller, Generalleutnant.

Die Verfügung betrifft Auflösung der Hundertschaften hat folgenden Wortlaut:

1. Ich verbiete hiermit die Bildung oder den Zusammenschluß der sogenannten proletarischen Hundertschaften, der republikanischen Rotwehr und anderer ähnlicher Organisationen. Eine bestehende derartige Organisationen werden hiermit aufgehoben. Jede Beteiligung an solchen Organisationen wird unterstellt. 2. Jede Person oder Organisation, die im Besitz nachstehend verzeichneteter Waffen ist, hat sie spätestens innerhalb drei Tagen abzuliefern oder zur Abholung anzusetzen: Maschinengewehr, Gewehr Mod. 98 und Maschinengewehren mit Munition, und zwar in Garnisonen bei den Standortkommandos, in Orten ohne Garnison bei der Polizeibehörde. Für aufgelöste Organisationen haftet der Führer oder Angestellte oder Vertreter. Bei rechtzeitiger Waffenabgabe oder Anzeige wird hiermit Straffreiheit wegen unbefugten Waffenbesitzes zugestanden.

3. Zu widerhandlungen gegen die Bestimmungen zu 1. und 2., die Aufforderung oder der Anreiz zu Zuvielerhöhung wird mit Gefangen oder Geldstrafe bis zu 15 000 Goldmark, soweit die gesetzlichen Bestimmungen nicht schwerere Strafen androhen, bestraft. Gleiche Strafe trifft denjenigen, der Kenntnis von verborghen Waffen hat und nicht sofort Anzeige erstattet.

4. Die Polizeibehörden, bei denen Waffen abgeliefert werden, sind für sicherer Bewahrung der Waffen verantwortlich und haben innerhalb fünf Tagen dem Wehrkreiskommando 4. Bericht zu erstatten.

Der Befehlshaber im Wehrkreis 4: Müller, Generalleutnant.

Eine weitere Verfügung hat folgenden Wortlaut:

Ich verbiete hiermit die Bildung oder den Zusammenschluß von Aktionsausschüssen, Abwehrausschüssen oder ähnlichen Organisationen, die den Zweck haben, neben den verfassungsmäßigen Behörden oder gegen diese zur Vorbereitung oder Durchführung politischer Maßnahmen Schritte zu tun.

Eine bestehende Organisationen dieser Art werden hierdurch aufgelöst.

Jede Beteiligung an solchen Organisationen wird unterstellt.

Zu widerhandlungen gegen dieses Verbot, der Anreiz oder die Aufforderung zu Zuvielerhöhung werden mit Gefangen oder Geldstrafe bis zu 15 000 Goldmark, soweit die gesetzlichen Bestimmungen eine höhere Strafe vorsehen.

Der Befehlshaber im Wehrkreis 4: Müller, Generalleutnant.

Eine Erklärung des Wehrkreiskommandos zur Begebung von Zwiefelsfällen.

* Dresden. Das Wehrkreiskommando stellt mit: Von beobachteter Seite sind Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Verordnungen des Militärbeauftragten vom 13. Oktober

über das Verbot der proletarischen Hundertschaften und der Aktionsausschüsse erhoben worden, weil an diesem Tage für Sachen der Reichsverwaltung erkannt worden sei und diese Verordnungen seiner Zustimmung bedürfen hätten. Um alle Mittel zu bebauen wird hierdurch bekannt gegeben, daß für Sachen dieser Art kein Befehlshaber ernannt worden ist und die Verordnungen vom 13. Oktober rechtmäßig sind.

Die Kohlenverordnung des Reichspräsidenten.

Aufhebung der Kohlensteuer.

Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

§ 1. In Wirkung des § 112 Abs. 1 der Ausführungsbestimmungen vom 21. August 1919 zum Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft (Reichsgesetzblatt S. 1449) wird bestimmt, daß der Reichswirtschaftsminister befugt ist, die vom Reichskohlenverbande festgesetzten Brennstoffverkaufspreise auch ohne vorangegangene Anhörung des Reichskohlenrats und Reichskohlenverbands herabzusetzen. § 2. Das Kohlensteuergesetz vom 20. März 1923 (Reichsgesetzblatt S. 198) wird aufgehoben. — § 3. Diese Verordnung tritt mit dem 15. Oktober in Kraft.

Berlin, 13. Oktober 1923.

Der Reichspräsident, ges. Ebert.

Der Reichskanzler, ges. Dr. Stresemann.

Der Reichswirtschaftsminister, ges. Dr. Rothe.

Der Reichsminister der Finanzen, ges. Dr. Luther.

Die Betriebsstilllegungsverordnung für unwirksam erklärt?

Nachdem vor einigen Tagen bereits die Verordnung über die Zahlung von Steuern in Gold erlassen worden ist, beschäftigte sich das Reichskabinett in seiner letzten Sitzung mit der Frage der Befreiung der Preistreibereien durch Kartelle und Preiskontinuität. Die beteiligten Kartelle sind mit der Lösung dieser Frage befaßt.

Anschließend kamen Richtlinien für die künftige Wirtschaftspolitik zur Erörterung und Beschlusshaltung.

Weitere Beschlüsse der Reichsregierung betrifft die so genannten Demobilisationsverordnungen, daß sind die Verordnungen über Einstellung und Entlassung von Arbeitnehmern vom 12. Februar 1920 und über Betriebsstilllegungen vom 8. November 1920. Diese Verordnungen waren von vornherein nur für eine Übergangszeit bestimmt. Die Reichsregierung hat sie bei ihren Beschlüssen von dem Betrieb trennen lassen, die Produktivität der Wirtschaft wiederherzustellen, ohne dabei auf den notwendigen Schutz der Arbeitskraft zu verzichten. Sie hat deshalb durch Artikel 1 der Verordnung über Betriebsstilllegungen und Arbeitsförderung die geltenden Vorschriften dahin ergänzt, daß in der Sowjetzeit von regelmäßiger vier Wochen, die einer Betriebsstilllegung oder einer größeren Betriebs einschränkung vorausgehen muß, auch Entlassungen von Arbeitnehmern mit Befreiung der Behörde wirksam sind und daß die Behörde während dieser Sowjetzeit auch die Tordung der Arbeit bis auf 24 Stunden vorbereiten kann. Auf der anderen Seite hat die Reichsregierung im Artikel 2 der neuen Verordnung den § 12 der Verordnung vom 12. Februar aufgehoben. Nach dieser Vorschrift war der Arbeitgeber gezwungen, die Arbeit in seinem Betrieb zu sperren, wenn er auch nur einzelne Arbeiter entlassen wollte. Das bedeutet eine Belastung für die Betriebe, die mit den Grundlagen der Produktivität schlechting nicht vereinbar ist. Die Aufhebung des § 12 ist nicht übrigens auch einem Gutachten, das der Sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates fürchtig erwartet hat. In einer weiteren Vorschrift der neuen Verordnung werden landesrechtliche Bestimmungen über Betriebsstilllegungen, Arbeitsförderung oder Erholung von Arbeitnehmern in den Betrieben für unwirksam erklärt.

Die künftige Broterversorgung.

Der aus der Mutter des Reichstages geähnerte Wanisch mit Rücksicht auf die plötzliche große Geldentwertung die Markenbroterversorgung über den 15. Oktober hinaus noch einige Zeit fortzuführen, ist aus technischen und wirtschaftlichen Gründen, insbesondere im Hinblick auf den großen Umlauf des Personenkreises, leider gänzlich unzulässig. Es bleibt daher der Reichsregierung nach wiederholter reichlicher Prüfung der Frage nichts anderes übrig, als die bekräftigten Kreise der Bevölkerung herauszutreten und ihre Unterstützung derart zu erhöhen, daß sie über die kritische Zeit hinwegkommen können.

Im Interesse schnellerer Unterstreichung geben wir hier einen Überblick über die geplanten Einzelmaßnahmen:

Um bestesten Gebiet soll die Versorgung mit Markenbrot, wie das schon vorher in Aussicht genommen war, wenn auch angefordert, noch fortgesetzt werden, für die Sozial- und Kleintreuhänder sollen die am 15. Oktober fälligen Halbmonatsbezüge nach der neuesten Reichsrichtszahl berechnet und dadurch erhöht werden. Außerdem erhalten die Sozial- und Kleintreuhänder am 22. Oktober bei fortwährender Erhöhung eine weitere Unterstützungsleistung. Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes wird es möglich sein, auch die Unfalltreuhänder einzubeziehen. Die Kriegsbehinderten und Kriegshinterbliebenen erhalten durch die Fürsorgestellen neben der Erhöhung der Zusatzrenten eine weitere Zusatzentlastung. Die Säcke der Gewerkschaftsunterstützung sollen mit der beginnenden Woche dem Stand der Mark schneller und besser angepaßt und angeleist in ihren Grundbezirken erhöht werden.

Damit sind im wesentlichen diejenigen Bevölkerungsgruppen bedacht, denen der Gesetzgeber beim Erlass des Gesetzes

Minister hat nach den ihm von dem Chefredakteur der "Deutschen Zeitung" gegebenen Ausführungen das Erstellen der Deutschen Zeitung von morgen ab wieder gestattet.

Gestattung Rohbachs. Der Staatsgerichtshof hat den Auftrag gegen den ehemaligen Leutnant Rohbach aufgehoben. Rohbach wurde aus der Hafte entlassen. Rohbach war seinerzeit in Berlin festgenommen worden, als er mit Angehörigen der kurz vorher aufgelösten Organisation Rohbach eine geheime Verhandlung gehabt hatte, in der umstürzlerische Pläne zur Sprache kamen. Rohbach hatte zu dieser geheimen Sitzung einige aktive Reichswehrsoldaten angeworben, die dann der Reichswehr hierzu Kenntnis gaben.

Eine kommunistische Geheimdruckerei entdeckt. In Leipzig wurde eine Geheimdruckerei der kommunistischen Partei durch die Kriminalpolizei entdeckt. Es wurde gerade ein Blatt mit einem Proklam gegen die Massenverhaftungen sozialdemokratischer Kommunisten hergestellt; hierbei wurden der Geschäftsführer der Schlesischen Arbeiterzeitung Thücker und der Redakteur Dombrowski verhaftet.

Postamt mit Reichswehrsoldaten. In Meiningen entstand in der vergangenen Nacht zwischen einigen Einwohnern und Reichswehrsoldaten eine Schlägerei. Auf Anforderung der Polizei griff eine Abteilung Reichswehr ein, um die Ruh wieder herzustellen, wobei einige Personen verwundet wurden. Dem Bericht nach sollen von den Verwundeten zwei ihren Verletzungen erlegen sein.

Der Thüringer Landtag wurde auf den 18. 10. zu einer Sitzung einberufen. Auf der Tagesordnung steht 1. die Bildung der Thüringischen Regierung, 2. der Antrag der Reichsparteien auf Auflösung des Landtags. Die sozialdemokratische Partei und die Kommunisten haben ein gemeinsames Regierungsprogramm aufgestellt. Über die Persönlichkeiten der neuen Minister soll am Sonntag oder Montag Beschluss gesetzt werden.

Dr. Enno Amerikareise. Nach einer Meldung der "New York World" aus Washington hatte der frühere Reichsbauzauber Enno Amerik der Präsidenten Coolidge auch dem Schatzkämmer Mellon sowie dem Handelsminister Hoover einen Besuch ab. Ganz erstaunt blieb, daß er die Lage in Deutschland nur als Pessimist erachtete.

Volen.

Explosion in den Wachauer Eisenwerken. Sonnabend früh gegen 9 Uhr explodierte ein Pulvermagazin der Fertigungswerke im Bannkreis der Stadt. Bis Mittag wurden eine Angabe Tote, 48 Schwerverletzte und 110 leichtverletzte festgestellt. Vertreter der zivilen und militärischen Behörden brachen sich an den Ort der Katastrophe, um die nötigen Maßnahmen zu veranlassen. Die eingeleitete Untersuchung ergab, daß die Explosion auf einen verbrecherischen Auftrag zurückzuführen ist.

Republik Österreich.

Zur Herstellung von Wohnbauten. Die Wiener Banken haben sich der Regierung gegenüber bereit erklärt, unter der Voraussetzung einer von der Regierung für Neubauten zugelassenen Steuererleichterung 60 Milliarden Kronen für die Herstellung von Wohnbauten, insbesondere in Wien, zu gewähren. Sollte der von der Industrie aufzubringende Betrag unter 50 Milliarden bleiben, so würden die Banken diesen Betrag auf 50 Milliarden ergänzen, sobald der volle Betrag von 100 Milliarden Kronen sichergestellt erscheine.

Gegen Grenzüberschreitung der Hitlertruppen. Die Landesregierungen von Salzburg und Tirol haben im Einvernehmen mit der Wiener Bundesregierung umfassende Grenzschutzmaßnahmen durchgeführt, da die Zweigverbände der Hitlerischen Organisationen, besonders des Kampftrupps Oberland, im Salzburgischen und in Tirol konzentriert sind. Durch diese Maßnahmen glaubt man die Überschreitung der Grenze durch Hitlerische Hilfstruppen verhindern zu können.

Östliches und Südjäisches.

Miesa, den 15. Oktober 1923.

Der hektige (zweite) Oktobermontag liegte den Herdt von einer angenehmen Seite. Nach vorhergegangenen Temperaturen war es vorwiegend warm und trocken. Der heitere Sonnenchein hatte denn auch viele Spaziergänger, hinausgelockt und so herzliche auf den Landstraßen nach der Umgebung reagiert. Leider bestärkte sich das sonnige Herbstwetter nur auf den Sonntag, denn in den heutigen Vormittagsstunden legten die Niederschläge erneut ein, die sich auch im Laufe des Nachmittags zeitweise wiederholten. Eine besondere Anziehungskraft entfaltete auch die im "Sächsischen Hof" von der Firma Büttner veranstaltete Herbstblumenausstellung. Die herbstliche Blumenpracht, die sich dem Biedauer darbot, wurde allgemein bewundert und der gärtnerischen Windeskunst volle Anerkennung gesollt. Der Beifall der Ausstellung war ein sehr reger, sodass aus den Erfahrungen der Wohlthätigkeit ebenfalls ein nennenswerter Vertrag wird zugeschrieben werden können.

Konzert der Hüttenkapelle. Das volkstümliche Konzert der Hüttenkapelle, das der rührige Beamtenverein der Linke-Hoffmann-Dachhammer A.-G., dem wie schon so manchen befürdernden Kunstgenuss verdanken, am Sonnabend im Strenzaale veranstaltet hatte, erfreute sich eines sehr guten Echoes. Das Orchester — in einigen Befreiungen durch Dresdenner Künstler verstärkt — leistete ganz Vorzügliches. Der Leiter, Musikdirektor Mehring, bat in kurzer Zeit eine erstklassige Kapelle herausgearbeitet. Besonders lobend möchten wir den Vortrag der Ouvertüren von Rossini und Adam hervorheben; auch sang der Walzer, eigene Komposition des Dirigenten, mit seiner einstimmeindenden, reizvollen Melodie, besonders im ganzen meisterhaft gespielten Violinjolo, sehr großen Beifall. Ganz besonders Anziehungskraft übten die Liederwörter von Miller Stephani, einer der ersten Opernsängerinnen der Dresdner Staatsoper, aus. Ihr hoher Sopran strahlte besonders in der Vorstellung von Liszt (mit Orchesterbegleitung); doch auch in den Hugo Wolf'schen Weißsterliedern, am Flügel von Konzertmeister Ulrich begleitet, zeigte sie ihre hohe Gesangskunst bei vorzülicher Legatäusprache in vollkommenster Wirkung; das Geschenk und Heimweh wird man selten so hören. Großer Beifall und Blumen zeichneten Sängerin und Dirigenten dankend aus. Sicherlich sind auch wir den Verantwortlichen für den gebotenen Kunstgenuss, bei volkstümlichen Eintrittspreisen, von Herzen dankbar.

Märchenabend für Kinder und Wallabien- und Märchenabend für Erwachsene. Wie man uns mitteilt, hat der Beamtenverein Linke-Hoffmann-Dachhammer A.-G. für Donnerstag die berühmte Märchenerzählerin Josafa Götsche aus Dresden gewonnen, nachmittags 4 Uhr für Kinder und abends 7/8 Uhr für Erwachsene öffentliche Vorträge im Saale der Elberfelderstraße zu halten. Zur Abschiedsfeier wird Frau Emma Döring-Schreiber, von deren Kirchenmusikdirektor Pfleider am Flügel begleitet, passende Volks- und volkstümliche Lieder singen. Röhres wird durch Uferer noch bekanntgegeben. Doch können wir schon heute auf die Veranstaltung als etwas ganz Eigenartiges hinweisen. Dadurch soll vor allem unser Kindern eine Freude bereitstehen.

Rathausabbaue. Die in Marzegold und im Ruheland befindlichen sächsischen Staatsbeamten, Gelehrten und Lehrer, sowie ihre Hinterbliebenen erhalten für das zweite Monatsviertel des Oktober nach neuer Entscheidung als Nachzahlung auf die Vergütungsgebühren des Betrag der für den Monat Oktober bisher zu zahlende Betrag nochmal bezahlt.

Der gleiche Nachzahlungsbetrag wird auch für das dritte Monatsviertel gewährt. Die ursprünglich bis 13. Oktober in Aussicht genommene Teilszahlung ist durch die späteren Erhöhungen der Verpflichtungsbeträge überholt und deshalb nicht erst zur Ausführung gebracht worden.

— 400 Millionen Mark für eine Silbermark. Der Anlauf von Reichsübermüllungen durch die Reichsbanke erfolgt vom 15. Oktober ab bis auf weiteres zum 400 millionenfachen Betrage des Rentenmarktes.

Verstärkte tschechoslowakische Grenzüberwachung im Erzgebirge. Dem "T." wird aus Brag berichtet: Wie aus dem Erzgebirge gemeldet wird, wurden dieser Tage die Grenzwachen in den Bezirken längs des Grenzes des Erzgebirges durch Gendarmerie, die aus verschiedenen Bezirken der tschechoslowakischen Republik zusammengezogen wurde, verstärkt. Als Zweck dieser Maßnahme wird eine genaue Überwachung und Durchführung der Grenzübereintrittsbestimmungen angegeben.

Verbot des Betriebsratelongtreks. Der von den Kommunisten für den 18. Oktober einberufene Betriebsratelongtrek für Sachsen und Thüringen ist vom Betriebsrat des Werksreises verboten worden.

Der Erfolgsbetrag für Pakete. Die Postverwaltung hat vom 10. Oktober an den Erhaltungspflichten für Pakete ohne Wertangabe auf 72 Millionen Mark für jedes Pfund (500 Gramm) der ganzen Sendung erhöht; für eingeschriebene Sendungen werden im Falle des Verlustes 50 Millionen Mark bezahlt.

An Postgeld der Deutschen Reichsbahn gelangen nunmehr auch 20-, 50- und 100-Millionen-Mark-Scheine in den Verkehr. Sie sind auf einem legergrünen Papier, mit verschlüsselten doppellippigen Quadraten als Wasserzeichen gedruckt und tragen den Wertstempel, daß sie vom 1. Januar 1924 ab mit dreimonatiger Frist zur Einlösung aufgerufen werden können. Der 20-Millionen-Schein ist 75 mal 135 Millimeter groß, hat irisfarbenen Untergrund, oboe-weißrot-oliv und trägt an der linken Seite die Wertbezeichnung "2000000". Die Rahmenung, durch die ein Band mit der Aufschrift "Zwanzig Millionen" läuft, und der Text sind schwartzgrün, die Nummer rot gedruckt. In den Unterrand ist das Bild einer Motivpostkarte eingearbeitet. Als Ausgabetag ist der 18. September 1923 angegeben.

Wichtigkeit des Obstes. Das Obst ist zweifellos eine der kostbarsten Gaben, die uns die Natur spendet, und eine verunmögliche Diät ist ohne Obst kaum zu denken. Bei vielen Erkrankungen und bei einer ganzen Reihe chronischer Erkrankungen des Verdauungssystems und des Leibes bildet die Obstkost sogar das sicherste und bestimmteste Heilmittel. Nur scheiden hierbei alle Früchte aus, die reich an Tannin sind, da dieses das Obst unverdaut macht. Je reicher eine Frucht an Tannin ist, desto grünlicher erscheint sie, und desto saurer schmeckt sie auch. Als Folgen des Genusses solcher Früchte machen sich Verbrennen und Koliken bemerkbar. Man kann tanninhaltiges Obst sofort daran erkennen, daß sich die Klinge des Messers, mit dem man es zerteilt, schwärzt. Hohes Obst ist ferner allen denen zu verbieten, die zu neröser Enteritis neigen. Die geringste Reizung des Darms bewirkt in diesen Fällen Krämpfe, heftige Leibscherzen und Durchfälle. Auch in Fällen von Magenverzerrung soll man sich des Genusses von rohem Obst unbedingt enthalten. Solche Patienten legen sich durch den Genuss roher Apfeln und Birnen, sowie von Bananen der Gefahr von Magenbrand, Entzündungen des Darms und krampfhaften Ausschüssen aus. Auch sollte man das Obst vor dem Genuss nichts waschen. Man sieht es der sammelnden Schimmeldecke einer Blaume nicht an, weil ein Gewimmen von Seimen sich auf ihr breit macht. Der Brechdurchfall der Kinder ist nur zu oft auf Reime zurückzuführen, die das Kind mit einer vom Boden aufgelesenen Frucht mitverzerrt hat. Was nun das geschworene Obst an betrifft, so ist an seiner Schwachhaftigkeit und Bekümmerlichkeit kein Zweifel geheftet, wenn man sich auch der Tatsache nicht verschließen darf, daß das Obst durch Kochen einen großen Teil seiner östlichen Eigenschaften verliert. Durch das Kochen werden freilich alle Krautarten am schweren abgetötet; mit ihnen werden leider aber auch die wichtigsten Vitamine zerstört. Allerdings ist gefrorenes Obst ungleich leichter verdaulich als rohes und deshalb auch allen zu empfehlen, die Verdauungsbeschwerden leiden.

Arbeiterdelegationen im Landtag. Nach einem Bericht des kommunistischen "Kämpfer" sind am Donnerstag im Landtaggebäude Arbeitendelegationen aus Sachsen und dem Reiche von Mitgliedern der sächsischen Regierung empfangen worden, um ihre Forderungen und Wünsche vorzutragen. Arbeitsminister Braune erwiderte ihnen u. a. die neue Regierung werde verhindern mit Unterstreichung Auseinandersetzungen die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu sichern. Der Kampf um den Arbeitstag könne schon in den nächsten Stunden entbrennen. Es müsse Opferbereitschaft und Mut gesetzt werden. Jurute: "Nicht mehr so lange warten! Wir wollen Waffen!" Arbeitsminister Böttcher erwiderte den Delegierten u. a.: In den Betrieben müssen die Waffenausstauschlinie gebildet werden. Wenn hier Menschen die Bewaffnung fordern, so ist die kommunistische Partei mit ihnen einig, daß der Kampf gegen den Faschismus nicht propagandistisch, sondern mit allen Mitteln zu führen ist. Wir leben die Lösung der Krise nur in der Auseinandersetzung der revolutionären Kampfe. — Darauf sprach noch ein Vertreter der Betriebe. Er schloß die Stimmung der Arbeiter in den Betrieben und sagte: "Es brennt überall. Die Arbeiter wollen kämpfen."

Der Rücktritt des sächsischen Gesandten in München. Der sächsische Gesandtschaftsträger in München, Tsigembowksi gibt der Presse zu der Note der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei folgende vom 11. Oktober datierte Darstellung über seine Entlassung: "Von der Mitteilung der Nachrichtenstelle der Sächsischen Staatskanzlei, wie sie in der heutigen Tagespresse erschienen ist, wonach das sächsische Gesamtministerium mich am 8. Oktober meines Volkes entlassen habe, ist mir bis zur Stunde nichts bekannt. Dagegen hatte ich am 9. Oktober aus eigenem freiem Entschluß meine Entlassung vom sächsischen Ministerpräsidenten verlangt."

Eine Straßenbahnhaftrahrt in Dresden. Eine Straßenbahnhaftrahrt in Dresden 50 Millionen Mark. Von Sonntag an erhöhte sich der Grundfahrpreis für die Städtische Straßenbahn von 15 Millionen Mark auf 50 Millionen Mark.

Meilen. Am 11. Oktober abends in der 7. Stunde ist, wie das "T." berichtet, im Grundstück der Commerz- und Privatbank, Heinrichsplatz Nr. 7, wo gegenwärtig das Erdgeschoss umgebaut wird, beim Abriss des Gewölbedecks zwischen Erdgeschoss und Keller ein Stück Decke von 2,5 Metern Länge nach dem Keller durchgebrochen. Hierbei sind drei Arbeiter verletzt worden. Wie nachträglich festgestellt worden ist, hat der Unfall für die Beteiligten keine nachteiligen Folgen.

Dresden. Ein tiefbedauerlicher Unglücksfall, der den plötzlichen Tod eines Kindes zur Folge hatte, ereignete sich am Donnerstag nachmittag in der 8. Stunde im benachbarten Niederschlesien. In dem Augenblick, als ein Automobil die Straße von Döbeln nach Röhrsdorf passierte, lief das achtjährige Mädchen des Heizers Uhlmann, Niederschlesien, in der Nähe des Böckelnschen Bauerngutes über die Straße, wurde trotz aller Bremsversuchs vom Auto erfaßt und gegen einen Baum gerammt, so daß der Tod des Kindes sofort eintrat.

Dresden. Die Feuerwehr wurde am Freitag vor-

mittag gegen 9 Uhr nach Hamburger Straße 19, Firma Seidel u. Raumann gerufen. Dies hatte im zweiten Obergeschoss eines Hintergebäudes in drei Ladengrößen eine größere Explosion stattgefunden, wodurch ein erheblicher Brand entstand und eine große Anzahl Fensterscheiben zertrümmert wurde. Außerdem hatte ein Arbeiter Brandwunden erlitten. Der Brand war beim Eintreffen des Feuerwehr bereits mit Hilfe einer Privatleitung gelöscht. Die Entzündungslösung blieb unverändert.

Dresden. Am 12. Oktober unternahm der Kraftwagenführer W. einer kleinen Firma, der in Bodenbach bei der Filiale stationiert ist, nach einer Fahrt von Bodenbach nach hier mit mehreren Freunden und Bekannten eine sogenannte Schwarzfahrt. Sie suchten mehrere Schnapswirtschaften und aulegten eine solche in der Trachenberger Straße auf. Gegen 1/2 Uhr nachts fuhr der Kraftwagenführer mit seiner Gesellschaft stadtwärts. Auf der Großenhainer Straße Ecke der Herkortstraße hat der Chauffeur wahrscheinlich beim Durchfahren einer Kurve die Kontrolle über seinen Kraftwagen verloren. Der Wagen ist an einen Lichtmast angefahren und vollständig zertrümmert worden. Von den Insassen sind der Chauffeur und noch zwei Personen, erster leicht, die beiden anderen schwer verletzt von der herbeigerufenen Feuerwehr nach dem Friedrichstädter Krankenhaus gebracht worden. Nach Mitteilung des Krankenhauses ist einer der Verletzten, der Chauffeur Lueder, Matzendorfstraße, 231, wohlthalb, inszwischen an den erlittenen Verletzungen gestorben. Die Schulden an dem Unfall dürfte dem Chauffeur W. beizumessen sein, der nach Angabe von Begegnen mit einer Geschwindigkeit von 40 Kilometern gefahren sein soll.

Neue Erhöhung der Postgebühren.

Verdoppelung der Zähe vom 20. Oktober ab.

Vom 20. Oktober ab treten im Post- und Postscheckverkehr folgende Erhöhungen ein:

Postkarte im Letzverkehr 2 Millionen, Fernverkehr 4 Millionen.

Briefe im Letzverkehr bis 20 Gramm 4 Millionen, bis 100 Gramm 6 Millionen, bis 250 Gramm 10 Millionen, bis 500 Gramm 12 Millionen. Im Fernverkehr 10 bzw. 14, 16 und 18 Millionen.

Drucksachen bis 25 Gramm 2, bis 50 Gramm 4, bis 100 Gramm 6, bis 250 Gramm 10, bis 500 Gramm 12, bis 1 Kilo 15 Millionen.

Für Warenproben bis 100 Gramm 6 Millionen, bis 250 Gramm 10 Millionen, bis 500 Gramm 12 Millionen.

Für Pakete bis 20 Millionen. — Für Pakete bis 8 Millionen, — für Pakete bis 20 Millionen, in der ersten Zone 25 Millionen, in der zweiten Zone 50 Millionen, in der dritten Zone ebenfalls 50 Millionen aufsteigend bis 20 Kilogramm 160, 320 und 480 Millionen.

Postanweisungen bis 100 Millionen 8 Millionen, bis 500 Millionen 6 Millionen, bis 1000 Millionen 10 Millionen, bis 5000 Millionen 15 Millionen, bis 10000 Millionen 20 Millionen, bis 20000 Millionen 40 Millionen.

Aufforderung an die Bahnenbahner zum Dienstantritt.

Die Bedeutung des betriebs Gebietes hat den Reichsverkehrsminister veranlaßt an das Personal die folgende Aufforderung zu richten:

Das im betriebs Gebiet anwesende Personal der zuletzt nicht im Betriebe der deutschen Verwaltung befindlichen Bahnenbahnen wird angewiesen, sich vom Mittwoch, 17. Oktober, ab zur Aufnahme des Dienstes bei den Dienststellen der Regie zu melden.

Gegen die Ableistung des geforderten Dienstes ist nichts mehr einzubwenden, nachdem der Leiter der Regie in einer Bekanntmachung öffentlich erklärt hat: „Um jedes Missverständnis zu verhindern, gibt die Regie folgendes bekannt: Die eidlichen Verpflichtungen, die die Regie von den deutschen Eisenbahnen bei der Wiederaufnahme der Arbeit verlangt, haben einen rein technischen Charakter. Der geforderte Eib hat somit keinerlei politische Bedeutung. Der Direktor der Regie ges. Braud.“

Nach vorstehender Erklärung kann die Abgabe des Eibes die gegen das Reich betreffenden und weiter bestehenden bleibenden Verpflichtungen nicht aufheben. Namens des Reichsregierung steht dabei fest, daß die Regie die Regie die Regie des Deutschen Reiches an den betriebs Eisenbahnen nicht berührt.

Am dem Erlass des Reichsverkehrsministers richten die Eisenbahngewerkschaften einen Aufruf an die Eisenbahner des betriebs Gebietes, der wie folgt lautet:

Der Reichsverkehrsminister hat, veranlaßt durch die Bedeutung des betriebs Gebietes mit Erlass vom 18. Oktober, ab das Eisenbahngewerbe die Aufforderung gerichtet, sich vom Mittwoch, 17. Oktober, ab zur Aufnahme des Dienstes bei den Dienststellen der Regie zu melden. Damit ist der Kampf an Eisen und Ruhr, in dem seit nunmehr 10 Monaten die Eisenbahner an vorderster Stelle gekämpft haben, abgebrochen. Unsere Kollegen haben getan, was ihnen ihre Pflicht als deutsche Eisenbahner gebot. Die Haltung der Eisenbahner, die in großer Zahl ihrer Freiheit und Heimat geweiht haben, wird als Zeichen eines Ehrenmenschen in der Geschichte des deutschen Volkes bleiben. Es wird auch in Zukunft die Ehrgeiz der Gewerkschaften sein, mit ihrer ganzen Kraft sich der Interessen aller Eisenbahner des betriebs Gebietes, insbesondere auch der Industriestadt und Betriebe, anzunehmen.“

Bermischtes.

Großer Feuer in Breslau. Ein mächtiger Brand wütete Sonnabend nacht in dem Gebäude des Oskar-Herrmannschen Hauses. Das Feuer, das durch Kurzschluß entstanden zu sein scheint, breitete sich mit ungeheurem Schnelligkeit auf dem großen Dachstuhl des Gebäudes aus und griff alsdann auch auf den Seitenflügel des östlichen Teils über. Die Löscharbeiten gestalteten sich sehr schwierig. Die Kanäle wurden in Autos nach anderen Krankenhäusern gebracht. Die im Dachstuhl untergebrachten Modelle von 30 Flüchtlingsfamilien wurden vollständig vernichtet und auch sonst ist der Materialschaden sehr bedeutend, zumal mir ein verschwindend kleiner Teil durch Versicherung gedeckt ist.

Eine folgenschwere Aetherexplosion. Am Sonnabend früh ereignete sich in der Umgebung von Brüssel eine Explosion, durch die neun Frauen verletzt wurden. Es handelt sich um die Explosion einer Aetherflasche.

Sturmwetter im Mermeikanal. Schwere Blitze sind im Verlauf der letzten Tage über das ganze südliche England niedergegangen. In London hat es achtzehn Stunden unaufhörlich geregnet und im Kanal herrschte schwerer Sturm. In Folge dessen hat das Meer in den Schutzbauern von Sangate Castle, der mehrere Meter stark ist, eine große Lücke gerissen und mehrere Häuser am Hafen zerstört. Die Bewohner der am Hafen gelegenen Stadtteile mußten ihre Wohnung räumen. Die Hauptstraße von Folkestone nach Hythe ist fünf Fuß hoch mit Wasser überflutet.

Weltwirtschaft ist sich darüber einig, daß sie durch das Nichtscheinen der Zeitungen ungeheure Verluste erlitten hat. Es war ihnen einfach nicht möglich, mit ihren Kunden in dauernder Beziehung zu bleiben, und das Schließen der Anzeigen wirkte äußerst ungünstig auf den Besuch der Geschäfte. Für die Wichtigkeit der Annoncen im New Yorker Leben ist die Tatsache bezeichnend, daß an jedem Sonntag für etwa 250.000 Dollar in den New Yorker großen Zeitungen annonciert wird und an jedem Sonntag für über 400.000 Dollar. Am ersten Tage nach dem Streik hatten die New York Times' 288 Spalten Anzeigen in ihrer Ausgabe von 48 Seiten; sie mußte aber noch 500 Spalten mit Anzeigen, die für die erste Ausgabe aufgegeben waren, auffüllen. Die großen Geschäfte und Bankhäuser haben alles Mögliche versucht, um die Zeitungsanzeigen zu erleichtern. So wurden in die Schaufenster große Tafeln geklebt, die die Anreisenden enthielten; die Wände der Geschäftsräume waren über und über mit Plakaten bedekt. Man schickte große Kolonnen von Leuten durch die Straßen, die Reklameplakate herumtrugen. Ein großes Warenhaus entschloß sich sogar dazu, eine eigene tägliche Zeitung herauszubringen, die nur Anzeigen enthielt, und diese Zeitung wurde unentwegt auf den Straßen und in den Zeitungsbuden verteilt. Andere Geschäfte schickten jeden Tag durch die Post Ankündigungen an ihre Kunden, und als diese Aufforderungen nicht genügend zogen, schickte man sogar Telegramme und eilige "Nachrichten" in die Häuser, um zu den billigen Ausverkäufen einzuladen. All diese Anstrengungen, die Räuber herbeizuladen, hatten aber nicht den Erfolg, den eine einzige Zeitungsanzeige noch aufweist. Die Frauen vermischten besonders die vielen Anzeigen, die sie in der Zeitung fanden und aus denen sie sich das ihnen angenehme herausnehmen könnten. Großen Vorteil hatten die Geschäfte in den Vorstädten von dem Streik, da die Vorstadtbesucher weiterreisen und sie ihre Ausverkäufe anzeigen konnten. Viele Geschäftsfirmen annoncierten in den Blättern von Philadelphia, weil diese auf dem schnellsten Wege nach New York gebracht und viel gekauft wurden.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 15. Oktober 1923.

Das Verbot von Kundgebungen in Aachen.

Aachen. Das Verbot der von den Vereinigten politischen Parteien Aachens für den Sonntag geplanten Kundgebungen für das Deutsche Reich wird von dem belgischen Kreisdelegierten damit begründet, daß infolge einer gleichzeitig angekündigten Sonderbündlersversammlung die Gefahr von Zusammenstößen bestünde. Von dieser erwähnten Sonderbündlersversammlung war allerdings bis dahin in Aachen nichts bekannt geworden, sodass diese Begründung des Verbotes außerordentlich bestreitbar wirkt.

Paris. Die Versammlung der internationalen Vereinigung für Arbeiterschule wurde geschlossen. Die Versammlung beschloß den internationalen Kongress für Sozialpolitik auf den 24. April 1924 nach Prag einzuberufen. Die Landesverbände werden eingeladen, energisch an der Durchführung folgender Punkte zu arbeiten: 1) Beschleunigung der wöchentlichen Arbeitsdauer auf 48 Stunden. 2) Wöchentliche Arbeitstage. 3) Festsetzung des Alters der zur Arbeit zugelassenen Kinder. 4) Schutz der Frauen und jugendlichen Arbeiter. 5) Sozialversicherung. 6) Gelehrte Anerkennung der Kollektivverträge. 7) Anerkennung des Rechtes der Angestellten auf jährlich bezahlte Ferien. — Die Versammlung stellte fest, daß in den Ländern, wo Betriebsräte bestehen, deren Rechte allgemein anerkannt worden sind, und deshalb eine Untersuchung über die Betriebsräte beim Erweiterter Ausschuß zur Behandlung zu überweisen.

Frankreich zum belgischen Reparationsvorschlag.

Paris. Ehe de Paris schreibt zu dem Vorschlag, den belgischen Reparationsplan der Reparationskommission zu überweisen, es habe auf die geringe Bedeutung aller dieser Pläne bereits hingewiesen. Diese Pläne seien nämlich voraus, daß die Deutschen erschüttern würden und daß die Reform ihrer Währung und Finanzen ähnlich durchgeführt sei. Belgien lebe in dem Plan ein Mittel, die Verhandlungen zu beschleunigen, wodurch man die Ausbeutung der lokalen Männer in Vergessenheit geraten lassen wolle. Auf diese Ausbeutung wolle Frankreich aber nicht verzichten.

100.000 Eisenbahner zuviel?

Paris. Der Sonderberichterstatter des Exekutor wurde am Freitag in Brüssel von dem Direktor der französisch-belgischen Eisenbahnregie empfangen. Dem Berichterstatter wurde u. a. erklärt, man schlage vor, über die Wiedereinstellung von 180.000 deutschen Eisenbahner zu verhandeln. Wie brannten aber feine 180.000, sondern 80.000 Mann würden genügen.

Die unüberwindlichen Schwierigkeiten im Ruhrgebiet.

Paris. Im "Echo National" bewirbt Lardieu eingehend die Schwierigkeiten, die Frankreich vom wirtschaftlichen Standpunkt aus im Ruhrgebiet noch zu lösen habe. „Wir haben es mit einem industriellen Problem zu tun. Dieses Problem sieht sich aus fünf Faktoren zusammen: Produktion, Versorgung, Verkauf, Transport und Goldwährung. Ist General Degoutte solcher gewaltigen Aufgabe gewachsen, so fragt Lardieu. Die verfehlte aller Methoden, so führt er fort, wäre, die unumstößlichen Schwierigkeiten zu verkennt, die wir überwinden müssen, bevor wir an eine Rücknahme denken können. Darin aber

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 8760400000 M.

Fernsprechmeldung, ohne Gewähr.

liegt unsere dringendste Aufgabe, die bei weitem wichtigste ist, als eine Auskundschaft mit Berlin über ein neues Badungsabkommen.“ Mit Bezug auf Dr. Stresemann erklärte Lardieu, wenn der Kanzler nicht im Stande sei, sich seinen Landsleuten auszuwählen, so dürfe er nicht glauben, daß Frankreich ihm aus der Verlegenheit ziehen würde.

Die Verhandlungen mit den deutschen Eisenbahnen.

Paris. Dass melde aus Düsse-dorf, daß die Verhandlungen, die augenblicklich zwischen den französischen Eisenbahnregie und den deutschen Eisenbahnen über die Wiederaufnahme der Arbeit geslossen werden, ein Abkommen für Ende der nächsten Woche erwarten ließen.

Die englische Presse zur Annahme des Ermachungsgesetzes.

London. Der Berliner Berichterstatter der "Morning Post" schreibt zu dem Ergebnis der Reichstagabstimmung über das Ermachungsgesetz, der größte Teil des deutschen Volkes sei der Ansicht, daß sich endlich seine Angelegenheiten seit in den Händen eines Mannes befinden, der Ehr, Kraft und Energie in lärmiger Lage entwölft, der die Macht seines Volkes bis zum Neukerkern seiner Kraft bewahrt und Verständnis für die Bedürfnisse der verschiedenen Teile seines Volkes besitzt. — "Westminster Gazette" schreibt, es müsse angenommen werden, daß die Mehrzahl der gemäßigten Parteien einstimmig der Sozialdemokratie der Ansicht ist, daß das Ermachungsgesetz besser sei als der unberedbare Konflikt der zentralistischen und aufgelösten Kräfte, welche Deutschland bedrohten, und der fast überausgebrochen wäre, wenn Stresemann gewählt worden wäre, den Reichstag auszulösen. — Reuter meldet aus Berlin, die Regierung Stresemann könnte jetzt mit ihrem weitreichenden Programm finanzieller und wirtschaftlicher Reformen vorausgeschritten in der Erkenntnis, daß sie die Unterstützung der Mehrheit der Vertreter des deutschen Volkes gesetzt.

Die Verhandlungen der innen- und militärischen Lage im britischen Reichskabinett verlaufen?

London. "Daily Herald" berichtet, es verlautet, daß die europäische Lage von der Reichskonferenz heute weiter erörtert werde. Nach Anhörung des Premierministers der Dominions würden wahrscheinlich Lord Curzon und auch Baldwin sprechen. — Der Parlamentsberichterstatter des "Daily Telegraph" dagegen schreibt, wie es heißt, werde die weitere Erörterung der internationalen Lage und der damit zusammenhängenden britischen Politik zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufgenommen werden. Heute werde die Reichskonferenz die Frage der Verteidigung zur See, zu Lande und in der Luft aufnehmen, ein Problem, von dem die Dominions ernstlich betroffen werden.

Werksprüche für Kleingärtner und Schreberkolonisten im Herbst.

Brennt die Kohlstrünke, denn sie sind gefährliche Parasitenkräuter!

Zieht die Bohnenstangen auf und lagert sie trocken unter Tisch und Fach!

Sorge rechtzeitig für Erdbeeren!

Hängt und töte die Maulwurfsgrillen (Erdkrebs, -wolfs)!

Erneuert und unterhält die Grenz- und Baumpfähle!

Gräbt alles Land in zuher Scholle!

Gebt Kartätsche und Phosphatkörper (Thomasmehl) möglichst im Herbst!

Stalldünger wird zweimäigiger im Herbst als im Frühling gegeben!

Mietet mir trockene und gesunde Kartoffeln ein!

Gebe dem jungen Wintergerste noch eine Hocke!

Plückt das Winterobst nur an trockenen Tagen!

Läßt das Winterobst vor der Einlagerung gut abrohdnen!

Pflanzt Wildrosenstämmchen, um sie im nächsten Juli zu verebeln!

Nutzt Haus- und Gebäudeflächen für Obstzucht!

Sammelt Dünge, wo immer sich Gelegenheit hierzu bietet!

Ohne regelmäßige und ausreichende Düngung keine guten Ernten!

Ein großer Tüngerauhaufen ist des Kleingärtners Schatzkammer!

Kräfte und passende Düngung ist den Pflanzen Nahrung und Medizin zugleich!

Reinigt gründlich die Obst- und Gemüsefester, bevor die neue Ernte eingelagert wird!

Stellt dem Haushalt gründlich nach!

Naum!

Heute verzweigen sich Obstpflanzen mehr denn je!

Legt Komposthaufen an, sie sind die dünnergünstigsten Sparstellen der Kleingärtner!

Treibt Pflanzwirtschaft mit allen Kulturen!

Legt schon im Herbst den nächstjährigen Bebauungsplan fest!

Bewahrt das geerntete Saatgut saftig und trocken auf!

Haltet auch für den Winter die Jäne in Ordnung!

Agolt und bearbeitet verquakte Flächen!

Beacht Serrivorträte und Verjämmlungen!

Rechnet an vorläufigen Lehrkursen teil!

Beschafft Material für herzurichtende Schuhdeoden!

Rechnet damit, daß jetzt täglich Frostwetter eintreten kann!

Eingeschlossenes Fabrikbüro sucht für sol. ein jüngeres

Fräulein

Erfüllt und kenntnisse in Gabelsberger Stenographie und Maschinenschreiben (Adler). Angebote m. Beugnsabschriften erbeten unter C. B. 287 an das Tageblatt Alesa.

Räume oder Poste ob. tauchen ein Stück Land mit schönem Haußgrundstück. Ges. Anfrage unter C. B. 288 an das Tageblatt Alesa.

Brilett-Verkauf

Dienstag, den 16. d. M. von 8 bis 12 Uhr.

C. F. Förster.

Gold, Silber, Platin

alte Gebüße und einzelne Bäume kaufen

Ernst Baars,

Riesa, Carolastrasse 10.

Morgen Seefische.

Carl Blaier, Gröba.

Turnen, Sport und Spiel.

Eröffnung der österreichischen Segelflugwoche. Sonnabend wurde in Wien die erste österreichische Segelflugwoche durch Bundespräsident Dr. Daumiller im Anwesenheit des Generalinspekteurs Simmermann, des Gesandtschaftsrates von Schwarzenberg als Vertreter des deutschen Gesandten, mehrerer Mitglieder der Regierung und anderer offizieller Persönlichkeiten feierlich eröffnet. Bislang war Dr. Frank begrüßt namens der Bundesregierung in einer Ansprache die teilnehmenden Teilnehmer und die anderen Gäste und wies auf das Zusammenwirken der deutschen und der österreichischen Technik bei diesem Segelflug hin.

Kunst und Wissenschaft.

Soloistin Anna Mans geht nach Amerika. Der ausgesuchte Soloistin der Dresdner Staatskapelle Anna Mans, der als einer der besten Meister seines Instruments gelten kann, hat einem Ruf nach Amerika folge geleistet. An seine Stelle ist der Stuttgarter Komponistmusiker Hader in die Staatskapelle eingetreten.

Richard Strauss' neue Tanzsuite. Die neue "Tanzsuite" für Orchester (nach Couperin) von Richard Strauss ist soeben erschienen. Der Komponist hat die Uraufführung in Deutschland Fritz Busch übertragen, der die Neuheit noch in diesem Winter in einem Konzert der Staatskapelle herausbringen wird.

Fritz Busch in Skandinavien. Nach den glorreichen Erfolgen als Dirigent in Kopenhagen fand Fritz Busch in Stockholm und Göteborg an verschiedenen Abenden mit dem Tenoristen Ernst Wilhelmsen als Partner am Flügel begeisterten Beifall. Die ersten Blätter "Klavierbegleitung". Fritz Busch erhielt daraufhin mehrere Anträge, auch in schwedischen Städten Orchesterkonzerte zu geben.

Börsenwirtschaftliches.

Die amtliche Preisfestsetzung für Knochenmehl ausgehend. Nach einer Verordnung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft wird mit Wirkung vom 12. Oktober 1923 ab von der Festsetzung von amtlichen Preisen für Knochenmehl abgesehen.

Der deutsche Gegenvortzug des Goldmarktes bei der Büchereinrichung im Ausland. Zeitungs-, Telefongesprächs- und Fernsprechverkehr ist mit Wirkung vom 15. Oktober an auf 800 Millionen Mark festgelegt worden. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch bei der Wertabgabe auf Paketen und Briefen sowie auf Rösschen mit Wertangabe nach dem Ausland anzuwenden. Röhre Auskünfte erteilen die Post- und Telegraphen-Institutionen.

Der Befreiungsbefehlsabreißschlüssel. Die Nachrichtenstelle des Überpostdirektors teilt mit: Die Befreiungsbefehlsabreißschlüssel für den Fernsprechverkehr beträgt vom 12. Oktober an einhundert Millionen.

Ausbringung der Mittel für die Kohlenwirtschaftsschäden. Von den zur Ausbringung der Mittel für die Kohlenwirtschaftsschäden verpflichteten wird zur Ausstellung an die in der zweiten Hälfte des Monats September 1923 erhöhte Kohlenpreise einmalig für September einen Abgleichszuschlag von 100 Prozent zu den festgesetzten Betragssätzen erhoben.

Das Goldzollausfeld. Für die Zeit vom 17. bis 19. Oktober 1923 einschließlich beträgt das Goldzollausfeld 107.000.000.000 v. H. (Eine Goldmark gleich 1000 Millionen Papiermark.)

Die Buchhändlerabreißschlüssel am 15. 10. ist unverändert 1100 Millionen. Die Schlüsselzahl wird von jetzt an täglich bekanntgegeben.

Die Landwirtschaft. Der Umrechnungstab für die Abgaben landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Betriebes beträgt für die Zeit vom 17. Oktober bis zum 19. Oktober 1923 einschließlich 1 Milliarde achtzig Millionen für je eine Goldmark (bisher 248 Millionen).

Markberichte.

Auf dem Großenhainer Börsenmarkt. Stellte sich am Sonnabend die Preise (in Millionen Mark) wie folgt: Kepf 10—12; Holunderbuche 4; Birnen 12—18; Karotten, das Bäckchen 6; Kohlrabi 1; Weißkraut, hiesiges, 12; Weißkraut 12; Blaumen 10—15; Pilze 20; Tomaten 10; Weintrauben, hiesige, 20; Zwetschken 25.

Amtlich festgelegte Preise an der Produktenbörse zu Berlin per 50 kg ab Station vom 13. Oktober. (Preise in Millionen Mark) Weizen märkischer 8700—7500. Get. Roggen, märkischer 6400 bis 6800. Get. Sommergerste 6200—6700. Rüb. Rüben, märklicher 3400—3700. Get. Weizenmehl per 100 kg frei Berlin 19000—24000 (kleine Marken über Rotis). Einwas fester Roggenmehl per 100 kg frei Berlin 17750—21500. Einwas fester Weizenflocke und Roggenflocke 2500—2800. Rübig.

Wechselkurse im Freiburger vom 13. Oktober mittags 12 Uhr.

Holland (1 Gulden) 2150 Mill. Dänemark (1 Krone) 970 Mill. England (1 Pf. Sterling) 25000 Mill. Amerika (1 Dollar) 5300 Mill. Schweiz (1 Franken) 980 Mill. Frankreich (1 Franc) 835 Mill. Italien (1 Lira) 250 Mill. Deutschösterreich (1 Krone) 77500 Mill. Tschecho-Slowakei (1 Krone) 164 Mill.

Amtliches.

Das Konkursverfahren des Bankiers Friedrich Anton Messe in Mielsa wird aufgehoben.

Amidiger Richter, den 24. September 1923.

Die Kreishauptmannschaft mit dem Kreisausschüsse hat den XXXII. Nachtrag zur bietigen Gemeindesteuerordnung – Erhöhung der Sonderzuschläge zur Wohnungsaufgabe – genehmigt.

Dieser Nachtrag liegt auf 14 Tage zur Einsichtnahme in unserem Steueramt aus.